

Das neue Aztlán. Amerikas Wandel und seine Folgen

von Thomas Bargatzky

Die Vereinigten Staaten von Amerika galten lange als »Melting Pot«, als Musterbeispiel für die erfolgreiche Assimilierung von Einwanderern unterschiedlichster Nationalität an die weiße angelsächsisch-puritanische Leitkultur und ihre Integration zu einer amerikanischen Nation. Mehr und mehr wird diese Gewißheit erschüttert. An die Stelle des Schmelztiegels tritt das Bild der Salatschüssel, in der Bestandteile erhalten bleiben und sich nicht miteinander vermischen. Aber auch dieses Bild ist angesichts der Hispanisierung des US-amerikanischen Südwestens fragwürdig, denn hier zeichnet sich die zunehmende ethnische, kulturelle und sprachliche Zweiteilung der USA ab.

Schon 1981 teilte Joel Garreau den nordamerikanischen Halbkontinent in neun nach Naturräumlichkeit, ethnischer Zusammensetzung und kultureller Prägung der Bevölkerung voneinander geschiedene »Nationen«, ein, wobei die heute bestehenden Grenzen der USA zu Kanada und Mexiko in seinem Schema keine Rolle spielen. Eine dieser neun Nationen, »MexAmerica«, faßt die hispanisch-mexikanisch geprägten Gebiete zu beiden Seiten des Rio Grande zu einem nach Herkunft, Sprache und Kultur einheitlichen Raum zusammen. Garreau macht seine Leser auch auf eine Legende aufmerksam, die schon zu seiner Zeit in Chicano-Kreisen kursierte: Aztlán, die geheimnisvolle Urheimat der Azteken, liege auf dem Gebiet des heutigen Südwestens der Vereinigten Staaten. Eines Tages würde dieses Ursprungsland von den Nachfahren der Azteken zurückgewonnen werden und eine neue Hochkultur würde dort erblühen.

Am 31. Januar 2000 erschien in der *Albuquerque Tribune* ein Interview mit Charles Truxillo, seinerzeit Professor für Chicano-Studien an der University of New Mexico. Truxillo sagt darin die Ausrufung einer »República del Norte« voraus. Dieser neue Staat solle einerseits die nord-mexikanischen Teilstaaten Baja California, Sonora, Chihuahua, Nuevo León sowie Tamaulipas und andererseits die US-amerikanischen Bundesstaaten Kalifornien, Arizona, New Mexico und Texas sowie das südliche

Joel Garreau: *The Nine Nations of North America*, Boston 1981.



Braune Barette, Comrades der Befreiungsarmee von Aztlán

Colorado zu einer unabhängigen, hispanisch geprägten Republik zusammenfassen. Der Gründung dieser neuen Republik, so Truxillo, werde kein Bürgerkrieg vorausgehen, denn sie sei eine notwendige Folge der insbesondere von Mexiko ausgehenden demographischen Rückeroberung der ehemals mexikanischen Gebiete des US-amerikanischen Südwestens. Der mexikanische Schriftsteller Carlos Fuentes spricht in seinem Erzählband *La Frontera de Cristal* daher von »el imperialismo cromosomático de México«, dem mexikanischen »Chromosomen-Imperialismus«, dem die USA zu guter Letzt wenig würden entgegensetzen können.

Im Krieg von 1846–1848, der mit dem Frieden von Guadalupe Hidalgo endete, verlor Mexiko fast die Hälfte seines Territoriums an die jungen Vereinigten Staaten von Amerika. Dieser Verlust, schreibt der amerikanische Journalist und Mexiko-Kenner Alan Riding, sei ein psychologisches Trauma, das Mexiko bis heute belaste und das durch die ständigen Einmischungen des übermächtigen Nachbarn im Norden noch zusätzlich vertieft werde. Dennoch streben hispanisch geprägte amerikanische Irredentisten in ihrer Mehrzahl wohl keine Wiedervereinigung mit Mexiko an. Ihr Nationalismus ist eher ein von Anti-Anglo und Anti-Indio-Elementen durchsetzter, eigenständiger und von Chicano-Rassismus nicht unfreier »Aztlán-Nationalismus«, der sich sowohl von der weißen, angloamerikanischen, protestantischen »Mainstream-Kultur« als auch vom süd-mexikanischen, indianisch geprägten Mexiko absetzt. Der Norden Mexikos gilt als dynamischer und entwickelter als Mexikos südliche Regionen; es existieren zahlreiche »Wahlverwandtschaften« mit dem Südwesten der USA. Die Gebiete nördlich und südlich der heutigen Staatsgrenze waren ja ehemals, von Mexikos Hauptstadt aus gesehen, »El Norte«. Aztlán, der mythische, in »el Norte« gelegene Ursprungsort der Azteken, dient als Symbol für diesen neuen Nationalismus. Der Politiker und Publizist Patrick J. Buchanan spricht daher von einem »Aztlán Plot«, der auf die Auflösung der territorialen Einheit der USA abziele. »Wir waren schon vorher da«, halten ihm Aztlán-Nationalisten entgegen.

Auf welche Grundlage könnte sich der Verdacht einer Aztlán-Verschwörung stützen? In seinem Buch *The Clash of Civilizations* rechnete Samuel P. Huntington bereits 1996 mittels Zensusdaten vor, daß der Anteil spanischsprachiger Einwohner der USA um 2050 bei ca. 25 Prozent der Gesamtbevölkerung liegen werde; nur mehr die Hälfte der US-Bevölkerung werde dann anglo-amerikanischer Herkunft sein. Dem U.S. Census Bureau zufolge waren am 1. Juli 2006 bereits 44,3 Millionen Einwohner spanischsprachig, das sind etwas weniger als 15 Prozent der Gesamtbevölkerung von ca. 300 Millionen. Die Mehrzahl dieser Menschen ist mexikanischer Herkunft. Hinzu kommt noch eine Dunkelziffer hispanischer *illegal aliens*, die auf ca. 15 Millionen geschätzt wird. Der Anteil der sogenannten »Hispanics« ist nun gerade in den ehemals mexikanischen Gebieten des heutigen Südwestens der USA am höchsten. Der Zensus des Jahres 2000 zählte 823.352 Spanischsprachige in New Mexico – das waren be-

Alan Riding: *Distant Neighbors. A Portrait of the Mexicans*, New York 1985.

Patrick J. Buchanan: *State of Emergency. The Third World Invasion and Conquest of America*, New York 2006.

reits 43,27 Prozent der Bevölkerung dieses US-Bundesstaates. Ihr Anteil an der Gesamtbevölkerung Kaliforniens betrug seinerzeit 34,72 Prozent (12.442.626 Einwohner), darauf folgen Texas (34,63 Prozent beziehungsweise 7.781.211 Einwohner), Arizona (28,03 Prozent beziehungsweise 1.608.698 Einwohner), Nevada (22,80 Prozent beziehungsweise 531.929 Einwohner), Colorado (19,10 Prozent beziehungsweise 878.893 Einwohner) und Florida (19,01 Prozent beziehungsweise 3.304.832 Einwohner). An achter Stelle steht der Bundesstaat New York mit 15,96 Prozent beziehungsweise 3.076.697 spanischsprachigen Einwohnern! Der nächste US-Zensus soll 2010 stattfinden und alle Zeichen deuten darauf hin, daß sich der Trend zur Hispanicisierung der USA fortsetzen wird.

Huntington unterscheidet in *Clash* drei große Wellen der Einwanderung in die USA. Mitte des 19. Jahrhunderts kamen Iren und Deutsche, in den Jahren zwischen 1880 und 1914 wählten vor allem Süd- und Osteuropäer die Vereinigten Staaten als neues Heimatland. Die vorläufig letzte Einwanderungswelle setzte in den 1960er Jahren ein; sie brachte vor allem Asiaten und Spanischsprachige ins Land. Die hohe Konzentration hispanischer Einwanderer in den Regionen des amerikanischen Südwestens wird allmählich zu einer kritischen Masse, durch die die USA dereinst demographisch und kulturell »kippen« könnten – so befürchtet es jedenfalls Huntington. Die USA verlören ihre bisherige, angelsächsisch geprägte nationale Identität und würden zu einer zweigeteilten, zweisprachigen Nation wie Kanada oder Belgien.

Um dieser Entwicklung vorzubeugen, plädiert Huntington in seinem Buch *Who Are We?* mit Leidenschaft für einen voluntaristischen Begriff der Nation, der die amerikanische Identität im Sinne der bislang einheitsstiftenden anglo-protestantischen Gründerkultur stabilisiert – und zwar unabhängig von Rassenzugehörigkeit und ethnischer Herkunft. Auch wenn die Nachkommen der Gründer eines Tages die Minderheit darstellen, so könnte ihre Kultur dennoch weitergetragen werden. Huntington war eben nicht der Rassist, als den ihn eine oberflächliche Kritik hinstellen möchte.

Angesichts der demographischen Entwicklung könnte es für die Verwirklichung dieser Huntingtonschen Vision bereits zu spät sein. Was die heutige Staatsgrenze zwischen den USA und Mexiko angeht, so ist sie angesichts der naturräumlichen Gegebenheiten und der bis weit in die vorkolumbische Zeit zurückreichenden Kulturbeziehungen zwischen den Völkern Mexikos und des Südwestens ebenso »unnatürlich« wie die ehemalige innerdeutsche Grenze. Wer sich einmal irgendwo in den Weiten des Grenzgebiets aufgehalten hat, weiß, daß diese zweitausend Meilen lange Grenze nicht lückenlos zu kontrollieren ist, eine Grenze, die aus einem seichten Fluß und einer Linie im Sand besteht, wie der Realist Huntington mit einem Anflug von Resignation schreibt.

Unter wirtschaftlicher Betrachtungsweise besitzt die hispanische Einwanderung in die USA einen Doppelcharakter: Einerseits trägt sie die Merkmale einer Armutsmigration in die Sozialsysteme, andererseits sind »Hispanics« durchaus wirtschaftlich erfolgreich, wie beispielsweise die konservative Politikerin und Kolumnistin Linda Chavez zugesteht. Es gibt in ihren Reihen Ärzte, Rechtsanwälte, Grundstücksmakler, erfolgreiche Unternehmer. Ihre besonderen Konsumwünsche führten zur Entstehung einer spezifischen Waren- und Dienstleistungspalette, ihre Nachfrage nach Häusern beflügelte den lahmen amerikanischen Immobilienmarkt. Das wahre Problem, so Chavez, sei ihre mangelnde Bereitschaft, sich in den Mainstream der amerikanischen Kultur einzuschmelzen.

Rechtfertigt es dieser Befund, hinter der Hispanicisierung des Südwestens der USA einen »Aztlán Plot« zu vermuten? Eine neue »República del Norte« wird zur Zeit wohl vor allem in einigen Intellektuellen- und Aktivistenkreisen akademisch gebildeter Chicano-Nationalisten herbeigesehnt. Bislang spricht wenig dafür, daß diese Idee außerhalb solcher Zirkel zahlreiche Anhänger findet. Die Mehrzahl der spanischsprachigen Einwanderer – ob legal oder illegal – sucht einfach ein besseres und würdevolles Leben ohne Armut für sich und ihre Familien. Diese Menschen arbeiten hart in Jobs als Erntehelfer und billige Fabrikarbeiter für eine miserable Bezahlung und unter Rahmenbedingungen, zu denen kein anderer US-Amerikaner bereit wäre, sich zu verdingen. Sie möchten zwar ihre hispanische Kultur behalten, aber trotzdem in den USA leben und arbeiten und dürften wohl vorerst kaum als politische Revolutionäre in Erscheinung

Samuel P. Huntington: *The Clash of Civilizations and the Remaking of World Order*, New York 1996.

Samuel P. Huntington: *Who Are We? The Challenges to America's National Identity*, New York 2004.

treten wollen. Wenn es eine »Verschwörung« geben sollte, dann dürfte sie im Komplizentum von mexikanischer Regierung und US-amerikanischen Wirtschaftskreisen liegen, die den Republikanern nahestehen: Jene möchte ihr Armutsproblem in die reichen Regionen jenseits der Staatsgrenze im Norden verlagern, diese verschleiern ihr vitales Interesse an billigen Lohn-drückern hinter ihrer Anti-Immigrationsrhetorik. Karl Marx sprach einst von der für die kapitalistische Produktion notwendigen »industriellen Reservearmee« – hier kann man eine davon finden.

Dennoch – gerade die deutsche Geschichte lehrt uns, daß der Einfluß der Intellektuellen auf die Herausbildung des Nationalstaatsgedankens im 19. Jahrhundert auf lange Sicht, und unter den richtigen Bedingungen, eine große Bedeutung hatte. Daher wäre es ein Fehler, die Möglichkeit der Entstehung eines neuen, hispanisch geprägten Nationalstaates in Nordamerika von vornherein als Unsinn abzutun. Was auch immer der Fall sein wird: Zunehmend mit sich selbst beschäftigte, immer stärker katholisch-lateinamerikanisch eingefärbte USA werden in Zukunft eine andere Rolle in der Weltpolitik spielen, als noch in der Gegenwart. Schon sagt die Studie *Global Trends 2025* des amerikanischen National Intelligence Council einen Bedeutungsschwund der USA im internationalen Machtgefüge innerhalb der nächsten Jahre voraus.



Aufforderung zur reconquista

Der aus dem »American Creed« gespeiste interventionistische Missionseifer dürfte als Folge einer zunehmenden Hispanisierung der Vereinigten Staaten nachlassen und Amerikas neue, hispanisch geprägte Eliten dürften sich nicht mehr dazu berufen fühlen, den Rest der Welt im Sinne des aus dem »Creed« hervorgewachsenen marktradikalen Heilsprojekts umzugestalten. Gunnar Myrdal hat einst unter diesem Namen den Kernbestand an puritanischen und aufklärungszeitgeprägten, nationale Identität stiftenden Grundüberzeugungen herausgearbeitet, um den herum sich die Vorstellung des »Manifest Destiny« anlagerte, einer vom Schicksal für Amerika vorgesehenen Eroberungs- und Heilsmission für den amerikanischen Westen: fundamentale Gleichheit aller Menschen, unveräußerliche Rechte auf Freiheit, Gerechtigkeit und Eigentum, unzerstörbare Würde des einzelnen Menschen, Chancengleichheit, Demokratie. »Manifest Destiny« diente dann – nach Schließung der »frontier« – als Rechtfertigung für die Herausbildung des »amerikanischen Imperiums«.

Langfristig dürfte Amerika als Europas »Schutzmacht« zwar ausfallen, kurz- und mittelfristig gesehen könnte es durchaus noch einmal zu einem Aufblühen amerikanischer Heilsvisionen und dem entsprechenden Druck auch auf das »Alte Europa« kommen, sich amerikanischem »leadership« zu fügen. Die Weltmacht Amerika wird sich nicht so ohne weiteres von ihrer Rolle als »einzige verbleibende Supermacht« verabschieden. Der von Huntington vorausgesagte »Zusammenprall der Kulturen« könnte insoweit Realität werden, als das radikalindividualistische, letztlich auf dem »American Creed« beruhende Modernisierungsprogramm tatsächlich noch einmal kulturimperialistisch auf die ganze Welt ausgreift. Die zu Zeiten von Aufklärung und Französischer Revolution entwickelte Leitidee der universellen Menschenrechte dient ja bereits in der Gegenwart als Legitimation der Selbstermächtigung zur globalen militärischen Intervention.

Gunnar Myrdal: *An American Dilemma. The Negro Problem and Modern Democracy*, Bd I, New York 1944.

Herfried Münkler:
*Imperien. Die Logik der
Weltherrschaft – vom Alten
Rom bis zu den Vereinigten
Staaten*, Reinbek 2005.

Über die Güte des Huntingtonschen Modells, insbesondere über seine fragwürdige Einteilung der Welt in antagonistische Kulturreale läßt sich trefflich streiten. Die Kritiker der Huntingtonschen Thesen machen es sich jedoch allzu leicht, wenn sie sich alleine auf seine Kulturreale kaprizieren und deswegen glauben, seine Kernbotschaft abtun zu können, daß nämlich in der Gegenwart ein enormes Konfliktpotential zwischen der »Kultur« der vom Westen vorangetriebenen säkularen marktradikal-marktliberalen Heilslehre und jenen Kulturen besteht, die sich der Annahme dieser Heilslehre verweigern. Die tiefere Ursache dieses Konflikts liegt eben nicht darin, daß die eine Welt modern ist und die andere nicht und daß die andere Welt sich gegen den angeblichen Versuch des Westens wehrt, ihr die Modernisierung aufzwingen zu wollen. Huntington betont in *Clash* immer wieder, daß die nichtmoderne Welt sich zwar modernisieren will, aber nicht verwestlichen! Nur ein auf das moderne Individuum und seine Privatkultur verengter Blick kann diesen real existierenden Weltkonflikt übersehen.

Weltanschauungen können machtpolitische Konsequenzen haben, wie der russisch-georgische Krieg deutlich sichtbar macht. In einer Zeitungskolumne der *Washington Post* vom 11. August 2008 schrieb der zu den amerikanischen Neokonservativen zählende Politikwissenschaftler Robert Kagan (damals noch Berater von Präsidentschaftskandidat John McCain), der Beginn des Kaukasienkrieges zwischen Rußland und Georgien am 8. August 2008 markiere den Beginn einer neuen welthistorischen Epoche, nämlich die Rückkehr zur alten Machtpolitik des 19. Jahrhunderts. Die zur gleichen Zeit stattfindenden Olympischen Spiele in Peking zeigten, daß auch China den ihm zustehenden Rang in der Welt einnehmen will. Bedeutender für die Weltlage als der Wiederaufstieg der beiden kontinentalen Großmächte China und Rußland ist jedoch die Tatsache, daß derzeit nur noch die Großmacht USA auf ein weltrevolutionäres Ideologie-Programm verpflichtet ist, in dessen Namen auch US-Kriegsschiffe vor den Schwarzmeerküsten kreuzen. Moskau und Peking betreiben im Grunde eine klassische, von nationalen Interessen geleitete Politik, die auch auf Werten wie Ehre, Patriotismus und Stolz gegründet ist. Was Kagan jedoch nicht wahrhaben will, ist die Tatsache, daß Washington mit missionarischem Eifer das liberal-kapitalistische Heilsprojekt verfolgt, die Welt im Zeichen von Freiheit und Demokratie zu homogenisieren und daß ein »Zusammenprall der Kulturen« unausweichlich ist, solange die USA im Zeichen dieser Weltanschauung Politik betreiben – gleich unter welchem Präsidenten.

Walter O. Ötsch u. Jakob
Kapeller: *Neokonservativer
Marktradikalismus. Das
Fallbeispiel Irak*, in:
*Internationale Politik
und Gesellschaft* 2/2009,
S. 40–55.

Die amerikanische Politikwissenschaftlerin Marcia Pally bringt diese Weltanschauung in einem Meinungsartikel für *Die Zeit* vom 10. Juli 2008 unter der Überschrift »Europas Selbstbetrug« auf den Punkt: Wirtschaftlicher Liberalismus – so der feste Glaube in den USA – nutze nicht nur Amerika, sondern auch seinen Handelspartnern. Mehr noch: Er beschere allen Beteiligten Freiheit – wenn nicht sofort, dann später. »Sowohl der Liberalismus als auch die Freiheit förderten den Frieden – und dieser den Handel. Umgekehrt werden illiberale Wirtschaftsformen als existentielle Bedrohung wahrgenommen, als Gefahr nicht nur für den Handel, sondern auch für die Freiheit Amerikas.« Die USA als auserwählte Nation rechtfertigen daher die globale Expansion ihres weltrevolutionären »One World«-Projekts, im Glauben, anderen Völkern und Kulturen, ob mit oder gegen deren Willen, die Segnungen der westlichen Zivilisation und Freiheit bringen zu müssen.

Wie lange gilt dies noch? Im Oktober 2002 machte ich mit der Archäologin Ellen A. Kelley einen Ausflug zum Big-Bend-Nationalpark in Texas. Wir fuhren auf amerikanischer Seite am Rio Grande die Grenze entlang und stiegen immer wieder aus, um die herrliche Landschaft, den Fluß und die Berge zu bewundern. Irgendwo zwischen Lajitas und Redford sahen wir, wie sich im Fluß zwei Punkte bewegten – von mexikanischer Seite aus auf das US-Ufer zu. Wir wurden zu Zeugen eines illegalen Grenzübertritts.

Während Amerikas alte Eliten im Irak und Afghanistan und sonstwo noch damit beschäftigt sind, die Welt nach amerikanischem Bild umzuschaffen, verändert sich Amerika selbst demographisch und kulturell – täglich, nächtlich, unaufhaltsam. Europa sollte sich rechtzeitig auf die Folgen einstellen und sich stärker auf seine eigenen Interessen besinnen.

Frau Kelley und ich haben damals den Einwanderungsbehörden unsere Beobachtung nicht gemeldet.